

Die "Reichszeitung" erscheint täglich zweimal, Donnerstags und Montags nur einmal, mit den Unterhaltungsbeilagen "Kunst und Kultur", "Frauen-Welt" und "Der Jugend-Freizeit". Der Bezugspreis beträgt bei reiner Anstellung im Haus monatlich 21.- M., im Monat Februar, um etwas höher. Für Hochbezug nehmen sämtliche Verlagsstellen Bestellungen entgegen. Unser Vertrieb bezieht sich auf Deutschland, Österreich, das Saar- und Memelgebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Litauen und Vermland 16.- M., für das übrige Ausland 21.- M.

Die Jahrgangswerte Monatshefte oder deren Restum kostet 2.- M. einschließlich Postgebühren. Kleinanzeigen das letzte Blatt 2.50 M., jedes weitere Blatt 1.75 M. einschließlich Postgebühren. Ausland: Anzeigen das letzte Blatt 3.00 M., jedes weitere Blatt 2.25 M., einschließlich Postgebühren. Fernsprecher: Zentrum 152 30-152 39

# STREIFER

## Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

### Berschiebung der Konferenz von Genua?

#### Meinungsverschiedenheiten in England

Paris, 13. Februar.  
Wie der Havas-Korrespondent aus London berichtet, wird sich das englische Kabinett heute mit der französischen Note über die Konferenz von Genua beschäftigen. Der Korrespondent weiß über die Stimmung in London zu berichten, Lloyd George sei bis jetzt immer noch gegen eine Verschiebung der Konferenz. Man müsse jedoch in Betracht ziehen, daß wenn Lloyd George die Regelung dieser Frage auch selbst in die Hand genommen habe, einige seiner Ministerkollegen entgegengelegter Ansicht seien. Es sei wohl möglich, daß sich innerhalb des britischen Kabinetts eine Meinungsverschiedenheit zeigen werde, da von gewissen Stellen die Ansicht geltend gemacht werde, man solle versuchen, zwischen den Kabinetten von London und von Paris zu einem Kompromiß zu gelangen.

In der Meldung wird ferner erklärt, man habe mit Unrecht angekündigt, das englische Ministerium sei geneigt, einem englisch-italienisch-französischen Sachverständigen Ausschuss die Behandlung der Fragen anzuvertrauen, die das französische Memorandum aufwerfe. Das sei eine Verweigerung. Der Oberste Rat in Cannes habe sich schon dahin geeinigt, Sachverständigen von England, Italien, Frankreich, Belgien und Japan — und zwar den Sachverständigen dieser Mächte, nicht nur den Sachverständigen der drei ersten genannten Mächte — die Mission anzuvertrauen, die finanziellen und wirtschaftlichen Fragen vor Beginn der Konferenz zu prüfen. Diese Sachverständigen hätten keine Befugnis, politische Fragen zu erörtern. Uebrigens sei auch ein Zeitpunkt für ihre Zusammenkunft noch nicht ins Auge gefaßt. Man habe also keineswegs die Absicht, einer Kommission von Sachverständigen das Studium der französischen Note anzuvertrauen.

#### Die Sowjetregierung gegen das Konfortium

London, 13. Februar.  
Der Pariser Berichterstatter des "Observer" meldet, es bestehe Grund zu der Annahme, daß in amtlichen französischen Kreisen die Ansicht herrsche, daß die Genua-Konferenz um etwa einen Monat verschoben würde. Die Konferenz werde, wie man annehme, in der Hauptsache der russischen Frage gelten. Zahlreiche Anzeichen deuten darauf hin, daß Frankreich auf Wiederherstellung seiner alten Beziehungen zu Rußland ausgehe. Der Berichterstatter weist im Zusammenhang damit auf dem in der französischen Presse zugunsten Rußlands organisierten Fehdezug hin. Der Moskauer Vertreter des "Observer" schreibt, die Sowjetdiplomatie habe die Zuversicht, daß der beste Weg, um alle Schwierigkeiten zu beheben, die Einleitung direkter Verhandlungen zwischen Paris und Moskau sei. Während ein Einvernehmen mit Frankreich hauptsächlich aus politischen Gründen gewünscht werde, seien die Interessen der Sowjetregierung in Deutschland vornehmlich wirtschaftlicher Art. Man hoffe in Moskau, daß sich Deutschland weigern werde, an dem geplanten Konfortium teilzunehmen. Die Sowjetdiplomatie bemühe sich ernstlich, Deutschland zu überzeugen, daß seine Teilnahme an einer Verbindung zur Ausbeutung Rußlands zur Eröffnung nicht nur Rußlands, sondern auch Deutschlands führen würde. Zweifellos herrsche Nervosität in Moskau, trotzdem sei dort die Ansicht allgemein, daß ein Einvernehmen mit Deutschland gesichert sei.

#### Vorkonferenz der kleinen Entente

Paris, 12. Februar.  
Der tschechoslowakische Ministerpräsident Benesch ist hier angekommen. Er erklärte einem Vertreter des "Intransigent", er wolle die alliierten Regierungen vor der Konferenz von Genua über die Lage in Mitteleuropa aufklären. Er werde bis Ende dieser Woche in Paris bleiben und dann nach London reisen. Die Staaten der kleinen Entente hätten schon vor einigen Tagen beschlossen, unter sich eine Vorkonferenz abzuhalten, bevor sie nach Genua gingen. In der Frage der Vertagung der Konferenz werde man, so erklärte Benesch, sich der Ansicht Frankreichs und Englands anschließen.

#### Neuer Zwischenfall in Irland

London, 12. Februar.  
Augenzeugen berichten über ein Feuergefecht, das in Clones (Provinz Ulster, Grafschaft Monaghan) zwischen republikanischen Truppen und Spezialkonstablern stattgefunden hat. Das Schießen währte etwa 10 Minuten; vier Konstabler und ein republikanischer Soldat wurden getötet. Eine kurze Polizeipatrouille ist gestern Abend auf Lastkraftwagen durch Clones gekommen. "Daily Chronicle" meldet, daß die Ermordung der 5 Ulster-Polizisten durch irische Republikaner in Clones die Regelung des irischen Gesamtproblems wesentlich erschwert habe. Gestern Abend wurde unter dem Vorsitz Churchills im Kabinet eine Ministerkonferenz abgehalten, auf der eine sehr ernste Auffassung über die neue Entwicklung der irischen Frage vorgeherrschte. Der Premierminister von Ulster, Sir James Craig, habe den Vorschlag gemacht, daß bri-

tische Truppen den Schutz der Grenze Ulsters übernehmen sollen. Craig erhielt ein Telegramm, in dem ihm die britische Regierung mitteilt, daß weitere bedeutende Streitkräfte für Ulster zur Verfügung stehen.

Aus Dublin wird gemeldet, daß der Wahlsfeldzug der Republikaner gegen die Freistaatspartei mit einer großen Kundgebung eröffnet wurde, in der de Valera erklärte, daß sich die Republikaner in keiner Weise durch den Londoner Vertrag als gebunden erachteten. Die britische Regierung teilt mit, daß sofort Schritte zur Entlassung der Irländer unternommen werden würden, die wegen Vergehens in Haft wären, die sie vor Beginn der Waffenruhe in Großbritannien begangen hätten.

#### Reichsratswahlen in Spanien

Von unserem Korrespondenten

Madrid, 7. Februar.

Am Sonntag, den 5. Februar, fanden die Wahlen zum Reichsrat statt, von denen die Hälfte der Mitglieder neu zu wählen waren. Man kennt noch nicht die vollständigen Ergebnisse, aber man weiß, daß die Republikaner in Barcelona, Valencia, Saragossa, Corogoa und anderen kleineren Städten mehrere Kandidaten durchgebracht haben. Die Sozialisten haben Erfolge in Valladolid, Ferrol, in der Provinz Cordoba, in Extremadura und in der Provinz Toledo gehabt. Der Schwerpunkt des Kampfes war, wie immer, in Madrid konzentriert. Nachfolgend die Ergebnisse der Wahlen, verglichen mit denen des Jahres 1920: Liberale (Partei des Grafen Romanones) 13 315 (10 787), Konservativ (Partei Maura) 13 092 (20 158), Sozialisten 9 264 (13 801), Republikaner 6 434 (8 905), Konservativ (Positive) 6 093 (3 954), Linksliberale (Partei Alba) 6 003 (9 082), Reform (4 525 (4 488), Demokraten (Partei Marquis d'Alhucemas) 4 266 (2 786).

Die Zahl der Stimmen entspricht nicht der Zahl der Gewählten, denn die Liberalen haben 5, die Konservativen (Maura) 10, die Reform 2, die Konservativen 2, die Linksliberalen 2, und die Sozialisten 1 Sitz erhalten. Außerdem sind zwei Parteiloze gewählt worden. Die Kommunisten, die keine Kandidaten aufgestellt hatten, haben gegen die Sozialisten erdittert gekämpft. Diese sind von dem Ergebnis der Wahl, der ersten nach der Spaltung, nicht enttäuscht. Sie glauben, daß einige Kämpfer, die augenblicklich die Organisationen verlassen haben, angesichts der kommunistischen Unfähigkeit bald wieder auf ihren Posten zurückkehren werden.

#### Konrad Hausmann gestorben

In der Nacht zum Sonntag ist in Stuttgart der demokratische Reichstagsabgeordnete Konrad Hausmann an den Folgen einer Grippe im 65. Lebensjahre gestorben. Hausmann war lange Zeit eine Hoffnung der wirtlich demokratisch und freiheitlich gerichteten Kreise des deutschen Bürgerjums, aber am Ende ist auch er mit dem Strom derer geschwommen, die im Liberalismus die Interessenvertretung des bescheidenen Bürgerjums sehen. Er stand zuerst an der Spitze der Süddeutschen Volkspartei, machte dann die Versammlung der drei freisinnigen Parteien zur Fortschrittlichen Volkspartei mit, und gestellte sich schließlich nach der Resolution zur Demokratischen Partei, als es damals dem Bürgerjume zweckmäßig erschien, die Parteiführer zu wechseln. Trotzdem er sich am Pazifismus bekannte, hat er doch die Kriegspolitik der bürgerlichen Parteien mitgemacht. Allerdings gehörte er zu den ersten, die das verlogene Spiel der Obersten Heeresleitung und der Regierung durchschauten. Er wandte sich gegen die tendenziöse Art der Kriegsbekämpfung und schloß sich im Sommer 1917 sofort der Erzbergergruppe an, als diese einen Verständigungsfrieden anzustreben versuchte. Kurz vor dem Zusammenbruch wurde Hausmann im Kabinet des Prinzen Max von Baden Minister ohne Portefeuille. In der Nationalversammlung nahm er an den Arbeiten für die Verfassung lebhaften Anteil; zunehmende Krankheit verhinderte ihn jedoch immer mehr, sich am politischen Leben aktiv zu beteiligen.

Konrad Hausmann hat nicht nur eine umfangreiche politische Tätigkeit ausgeübt, er besaß auch in Stuttgart eine große Anwaltspraxis. Daneben pflegte er noch literarische Interessen. Er überfetzte chinesische Lieder ins Deutsche und gab ein Buch heraus, in dem Lieder orientalischer Völker gesammelt waren. Hausmann besaß die Achtung auch seiner politischen Gegner. Während des Sozialistengesetzes ließ er manchem Gedächtnis seine Unterstützung, so daß er selbst mit dem Haß der politischen Polizei bedacht wurde. Zu August Bebel stand er längere Zeit in freundschaftlichen Beziehungen. Wenn ihn auch zuletzt seine politischen Wege immer weiter von der Arbeiterbewegung abdrängten, so enthielt er sich doch stets jeder gehässigen Bekämpfung der sozialistischen Bestrebungen.

Verkehr zwischen Rußland und Italien. Wie die "Spensia Stefani" meldet, ist in Verfolg des zwischen Italien und Rußland geschlossenen Wirtschaftsabkommens der Briefverkehr zwischen beiden Ländern wieder aufgenommen worden.

### Einige Bemerkungen

Von Emil Barth

Wir geben nachstehende Ausführungen wieder, die uns in vielen Punkten beachtenswert erscheinen, ohne uns mit den Ausführungen über die Beamtenstellung zu identifizieren. Red. d. "St."

Die an die Wurzeln des Wirtschaftslebens greifenden Streikbewegungen der Eisenbahner und städtischen Arbeiter sind beendet. Sie haben die organisatorische Zerrissenheit der Arbeiter gezeigt, zugleich aber auch die Verständnislosigkeit der Regierung und des Magistrats gegenüber den sozialen Notwendigkeiten deutlich ergeben. Nunmehr müssen kurz die daraus abzuleitenden Lehren gezogen werden.

Eine bisher auf das Streikrecht verzichtende Organisation einer Beamtenkategorie trat, ohne die Verhandlungsmöglichkeiten zu erschöpfen und ohne sich mit den übrigen direkt in Mitleidenschaft gezogenen Organisationen zu verständigen und ohne auch nur in der losesten Form mit den die gesamte Arbeiterschaft vertretenden Spitzenverbänden in Fühlung zu treten, in einen das gesamte Wirtschaftsleben stilllegenden Beamtenstreik.

Sofort wurde nunmehr die schlummernde Frage des Streikrechtes der Beamten akut. Durch die Proklamierung des Streikes und die Ausübung des Streikrechtes hatten die Beamten sich für, durch den Erlaß des Reichspräsidenten hatte sich die Regierung gegen das Beamtenstreikrecht erklärt. Juristische Auslegung mag finden, daß das Koalitionsrecht nicht ohne weiteres das Streikrecht in sich schließt. Vom Standpunkt der gewerkschaftlichen Organisationen aus muß jedoch das Streikrecht als der wesentliche Teil des Koalitionsrechtes erklärt werden, ohne welches dieses bedeutungslos ist.

Ganz einfach liegt diese Frage allerdings nicht, und wenn wir über den Tag hinaus die Frage zu prüfen haben, dann muß sie ernstlich erwogen werden. In einem sozialistischen Staate, wo die Produktion ausschließlich dem Wohle der Allgemeinheit, also nicht den Profitinteressen einzelner dient, kann von einem Recht des Streikes, der dann ein Streik gegen eben dieses allgemeine Wohl darstellen würde, keine Rede sein. Jedoch in einem kapitalistischen Staate, wo dauernd die wirtschaftlichen Interessen der einen Gruppe mit denen der übrigen kollidieren, ist grundsätzlich das Recht auf Streik bei keiner Kategorie zu verneinen. Daß dieser Grundsatz allgemein ist und nicht bloß in den Reihen der Arbeiterschaft, ist daraus zu ersehen, daß sich noch niemand aus den bürgerlichen Reihen gegen den denkbar schlimmsten Streik, den Streik der Ärzte, richtete, einen Streik, bei dem sich die helfende Hand der Wissenschaft in die würgende Hand des Mörders vermandelt.

Und doch liegt die Frage des Streikes der Beamten öffentlich-rechtlicher Körperschaften nicht so eindeutig. — Denn das Äquivalent der lebenslänglichen Anstellung, der Pensionierung bei Erwerbsunfähigkeit und Erreichung einer gewissen Altersgrenze sowie die Pensionsberechtigung über das Grab des Beamten hinaus für seine Familie ist ein Privileg der Beamten.

Von diesem Gesichtspunkte aus die Frage des Beamtenstreikrechtes zu betrachten, heißt, der Regierung eine gewisse Berechtigung für ihren Standpunkt zuzubilligen und die Interessensolidarität zwischen Beamten einerseits und Arbeitern und Angestellten andererseits mehr oder minder verneinen. Darum muß von uns grundsätzlich gefordert werden: "Beseitigung aller Beamtenkategorien und allgemeine Anstellung nach dem freien Angestelltenvertrag".

Der Erlaß des Reichspräsidenten wirkte wie eine Janfara für die gesamte Arbeiter- und Angestelltenchaft, um für das bedrohte Koalitionsrecht in die Breiche zu springen. Dieser urgewaltige Ausdruck kampfbereiter Solidarität war das einzig begrüßenswerte Moment, das bei der gesamten Bewegung festzustellen war, und viele glaubten, daß dieser Erlaß dazu dienen könne oder sollte, um die gesamten politischen, wirtschaftspolitischen und sozialen Fragen im urgewaltigen Kampfe zum Austrage zu bringen.

Die gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen, A. D. G. B. und A. F. B. nahmen sofort scharf Stellung gegen den Erlaß des Reichspräsidenten, glaubten jedoch, nachdem ihnen zugesichert war, daß dieser Erlaß sich nur gegen die Beamten richtete, und ihnen in den wesentlichsten, den Streik verursachenden Sachfragen einige Zusicherungen gegeben waren, nicht nur einen allgemeinen Kampf nicht unternehmen zu sollen, sondern forderten auch — über den Kopf der im Kampfe stehenden Organisationen hinweg — die streikenden Beamten zur Ausnahme der Arbeit auf.

Dieses letztere war falsch. Wie steht es mit dem ersteren? Bei einem allgemeinen Kampfe war das Fundament derselben die Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten, auf die weder der A. D. G. B. noch der A. F. B. irgendwelche Einwirkungsmöglichkeiten besaßen, und ein allgemeiner Kampf wäre in dem Augenblicke zusammengebrochen, in dem die Reichsgewerkschaft den Kampf nach ihr ausweichend erscheinenden Zugeständnissen der Regierung abgebrochen hätte.

Könnte ein Mensch, der die Verantwortung für einen solchen weitgehenden Beschluß zu tragen hatte, auf einem

Solchen morschen Abgründe ein derartig riesiges, unter Umständen das Bestehen der gesamten Gewerkschaftsbewegung in Frage stellendes Beginnen unternehmen? Ich sage: nein! Damit soll noch lange nicht gesagt sein, daß dem T. D. G. B. und U. A. B. Bund Lobeshymnen od. ihres Verhaltens während dieser ganzen Bewegung gesungen werden sollen, doch deshalb, daß sie dem oft stürmisch gestellten Verlangen zu einem allgemeinen Streik nicht nachgekommen sind, ist ihnen auf keinen Fall ein Vorwurf zu machen.

Als nun die Eisenbahnarbeiter und Angestellten, die im Deutschen Eisenbahnerverband organisiert sind, den Solidaritätsstreik für Berlin beschlossen hatten, glaubten sehr viele gewerkschaftlich organisierte Kollegen Berlins, daß die Stunde für einen Generalstreik in Berlin gekommen sei, und befürmten in diesem Sinne die Betriebsrätezentrale.

Wie verfehlt der Solidaritätsstreik der Eisenbahnarbeiter und Angestellten war, geht daraus hervor, daß es ihnen nicht möglich war — da sie ja, ohne von der Reichsgewerkschaft gerufen worden zu sein, in den Streik einzutreten — eine gemeinsame Streikleitung für die aus einem Betriebe Ausgehenden zu schaffen, und es darum am Morgen des 8. Februar der Streikleitung der Eisenbahner erst nach mehrstündigem Suchen möglich war, die Streikleitung der Reichsgewerkschaft zu finden, wo ihnen lakonisch erklärt wurde, der Streik sei abgebrochen, aber beharrlich jede Auskunft, auf welcher Grundlage, verweigert wurde. Ebenso wäre es gewesen bei einem allgemeinen Streik der Berliner Arbeiterklasse.

Darum ist es unbedingt notwendig, daß sich ein jeder gewerkschaftlich geschulte und sozialistisch orientierte Kollege darüber klar wird, daß ein Streik, gleichviel, von wem er geführt wird, nur dann eine allgemeine Solidaritätsaktion auslösen darf, wenn die im Streike Stehenden selbst die maßgebenden Körperschaften zur Solidaritätsaktion auffordern und wenn sie sich bereit erklären, daß die größeren die Allgemeinheit interessierenden Fragen des Kampfsobjekt zu bilden haben und ihre eigentlichen Forderungen bis zur Erreichung des gemeinsam gesteckten Zieles zurückzustellen und sie bereit sind, ihre eigene Streikleitung bis zur Beendigung des gemeinsamen Kampfes der Generalstreikleitung unterzuordnen, so daß nicht durch den Abbruch des den allgemeinen Kampf verursachenden Kampfes die Niederlage desselben besiegelt werden kann.

Die Streiklage in Berlin hatte sich kompliziert dadurch, daß in dieser außerordentlich ersten Stunde, wo es täglich möglich werden konnte, daß durch neue Ereignisse unter Umständen die gesamte Arbeiterklasse in den Kampf geführt werden mußte, die städtischen Arbeiter und Angestellten wegen Forderungen, die, an diesem großen Ziele gemessen, als Lappalien bezeichnet werden müssen, in einen Streik traten und somit die Hauptkraft des Berliner Proletariats bei einer eventuellen Solidaritätsaktion vorzeitig verbrauchten.

Solidarität ist der Fels, auf dem allein der sozialistische Gehanke und somit der Sozialismus überhaupt zu ruhen vermag. Solidarität ist aber auch die Voraussetzung zum Kampfe selbst und bedingt eine strenge revolutionäre Disziplin gegenüber der durch Mehrheit gewählten Leitung.

Die Kämpfe sind beendet. Leider nicht so, wie es im Interesse des Proletariats gelegen hätte. Noch ist nicht zu übersehen, wie viele auf der Strecke bleiben werden und ob um deren willen nicht neue schwere Kämpfe zu entbrennen vermögen. Doch das sei klar gesagt: Nicht Kampf um des Kampfes, sondern Kampf um des Zweckes willen — und nur ein Kampf — da er um rein wirtschaftlicher Ziele willen geführt wird — auf Anweisung und unter der Leitung der unabhängigen wirtschaftlichen Organisationen. Wer anders will und wer anders verfährt, ist nicht ein Freund, sondern ein Feind des Proletariats, der verantwortungslos und trivial mit den Räten des Proletariats spielt, um seine Sonderzwecke zu verfolgen.

Krafft in Berlin. Der russische Volksbeauftragte Krafft ist heute auf der Durchreise von London nach Moskau in Berlin zu kurzem Aufenthalt eingetroffen.

Die Interzessionelle Schuld in Amerika. Senator Lodge brachte einen Antrag ein, daß Oesterreich zur Rückzahlung seiner Schulden eine Frist von 25 Jahren eingeräumt werde.

## Die Disziplinierung der Beamten

Eine Eingabe an den Reichszentralrat

Die Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten und Arbeiter hielt am gestrigen Sonntag in Berlin eine Sitzung ab, zu der Vertreter aus allen Teilen des Reiches erschienen waren. Der Zweck der Aussprache war, festzustellen, in welchem Umfang in den einzelnen Eisenbahndirektionen Maßregelungen nach dem Streik oder Disziplinierungen von Beamten vorgenommen worden sind. Besonders lebhaft wurde von einer Anzahl Beamtenvertretern darüber gesprochen, daß über den Rahmen der vom Reichsverkehrsminister Erreiner angeführten Befahren namentlich auch Anträge auf Einleitung von Disziplinierungen seitens der Direktionspräsidenten oder anderer Dienststellenleiter eingeleitet worden seien. Im Direktionsbezirk Frankfurt a. M. seien allein 5000 Beamten gegen Beamte beantragt worden. In Berlin betrage die Zahl der Disziplinierungen annähernd 50. Insgesamt sei die Zahl der Anträge auf Disziplinierungen mit dem Ziel der Dienstentlassung oder der Abmündungen bei vertriehlich beschlagnahmten Eisenbahnern auf etwa 30 000 eingeschätzt. Die Reichsgewerkschaft hat deshalb heute dem Reichszentralrat eine Eingabe überreicht, in der der Zentralrat gebeten wird, dafür Sorge zu tragen, daß die Disziplinierungen sich im Rahmen der vom Kabinett aufgestellten Richtlinien halten. Weiter heißt es in der Eingabe, daß das bisherige Vorgehen der nachgeordneten Dienststellen bei den Eisenbahnern große Erregung hervorgerufen habe und daß falls die Regierung nicht für Uebellebende Sorge, mit neuen heftigen Aktionen gerechnet werden müsse.

Die Korrespondenz, die diesen Bericht verbreitet, will dazu erfahren haben, daß die von der Reichsgewerkschaft angelegenen, allerdings sehr zahlreichen Verfahren noch während des Streiks, also noch vor Einstellung der Richtlinien durch das Kabinett, von den Direktionspräsidenten, den Leitern von Werkstätten, Betriebsämtern usw. beantragt worden seien. Es sei deshalb auch nicht anzunehmen, daß alle diese Verfahren auch wirklich durchgeführt werden.

## Der Kampf um Wirth

Die Reichspressen führt einen wahren Indianerkrieg auf. Sie schwängeln schon Wirths Sturz, als ob sie ihn wirklich schon hätten. „Die Zeit“, das offizielle Organ der Deutschen Volkspartei, hält die Reaktion für so gefährlich, daß es zweifelhaft sei, ob Wirth sich noch retten könne. Das Blatt schreit:

Auf Wunsch des Zentrums ist die Abstimmung dann verlegt worden, was durchaus den Wünschen des Hauses entspricht und in keiner Weise als ein tatsächlicher Erfolg etwa des Herrn Dr. Wirth angesehen werden kann. Denn wenn der Reichszentralrat bis zum nächsten Mittwoch auch Zeit gewinnt, so ist es doch zweifelhaft, ob er damit irgend etwas an der für ihn recht gefährlichen Lage ändern kann. Die Fraktionen der Opposition, die ihre Mißtrauensanträge eingereicht haben, werden auch am nächsten Mittwoch noch auf diesen Anträgen bestehen. Von der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei kann man jedenfalls mit aller Sicherheit behaupten, daß sie auch nicht einen Bruchteil ihres Mißtrauensvotums preisgeben wird, und daß Herr Dr. Wirth, wenn am nächsten Mittwoch die Vertrauensfrage gestellt wird, von ihr mit aller Sicherheit ein Nein erhalten wird. Die einzige Hoffnung, die Herr Wirth noch haben kann, ruht auf den Unabhängigen. Aber auch sie ist schwach.

Die „Germania“ enthält sich vorläufig noch jeder Voraussage. Das Zentrumsbüro sagt lediglich:

Daß der Kanzler ein eindeutiges und positives Botschaft für sich und sein Kabinett fordert, wenn er so ungeheure Lasten der Verantwortung zu tragen hat, ist nur zu verständlich. Denn es scheint auch uns nicht angängig zu sein, daß ein Kabinett auf die Dauer keine Arbeit nur auf abgelehnte Mißtrauensvoten führt.

Georg Bernhard in der „Boschischen Zeitung“ ist noch recht optimistisch. Er meint, daß die Regierungsparteien am Sonnabend, abend eine Art von Generalprobe vorgenommen hätten. Das Ergebnis sei höchst zufriedenstellend gewesen, denn niemand habe den Eindruck erwecken wollen, als ob es er auf eine schnelle Ministerstürze abgesehen hätte. Er sagt weiter:

Für das Vertrauensvotum der Regierungsparteien wird sich am Mittwoch eine Mehrheit ergeben. Sie wird vielleicht sogar größer sein, als man heute rechnerisch anzunehmen geneigt ist. Denn sowohl die Volkspartei als die unabhängige Sozialdemokratie haben bis in die Mitte der nächsten Woche hinein reichlich Zeit, sich ihre Stellungnahme zu überlegen und die Rücksicht abzuwägen, die sie auf die doch wahrscheinlich nicht leichte augen-

politische Situation des Reiches nehmen wollen. Wenn die beiden Flügelparteien des Regierungsbündes allein von diesen sachlichen Erwägungen sich leiten lassen, so kann ihnen die Entscheidung gar nicht schwer werden. Der unabhängigen Sozialdemokratie kann nichts daran gelegen sein, die Missionstätigkeit eines Kabinetts zu schwächen, dessen Außenpolitik sie billigt. Sie würde ihre Hand zur Untergrabung der Autorität und damit zum schließlichen Sturz der Regierung nur dann bieten, wenn sie gewiß wäre, entweder die Chancen einer sozialistischen Opposition gegen eine bürgerliche Regierungsmehrheit, mit einem Reichszentralrat aus dem rechten Flügel des Zentrums auszukosten, oder wenn sie glaubte, eine „reine Arbeiterregierung“ mit der Mehrheitssozialdemokratie zusammen bilden zu können. Aber um die vorherzusehenden außerordentlichen Vorteile der ersten Möglichkeit in Kauf zu nehmen, ist sie weder disziplinär noch fähig genug, und der zweiten Möglichkeit wird sie bei ruhiger Erwägung wohl kaum sehr große Chancen geben.

Wenigstens schmerzt Erich Domrowski im „Berliner Tageblatt“ in die Zukunft. Er hält es noch immer für fraglich, daß die Deutsche Volkspartei den Mut aufbringen würde, das Kabinett Wirth zu stürzen, indem sie gegen das Zentrumsvotum stimmt:

Fällt aber, gegen alle Voraussagen, die Entscheidung doch gegen das Kabinett Wirth aus, dann hat die Folgen unsehbar. Innerer ganzen bisherigen Außenpolitik, die in wünschenswerter Weise die Bedingungen für eine deutsch-englische internationale Atmosphäre geschaffen hätte, würde mit einem Schlag der Boden unter den Füßen fortgerissen werden. Eine abermalige Koalitionspolitik der drei Mittelparteien würde nicht mehr in Betracht kommen, da sie sich soeben als unmöglich herausgestellt hätte. Eine Hinzuziehung der Deutschen Volkspartei würde schon an dem Widerstand der Sozialdemokratie scheitern. Eine Koalitionspolitik wäre ein Ding der Unmöglichkeit. Eine Regierung der drei sozialistischen Parteien desgleichen. Es bliebe also in diesem Falle nur noch der Appell an das Volk übrig, um den gordischen Knoten zu durchhauen. Vermutlich würde eine Präsidentschaft dazu kommen und die ganze Situation noch mehr komplizieren, da der Reichspräsident Ebert wahrscheinlich auch dann seinerseits die Forderungen aus dem enghirnigen Scheitern einer Koalitionspolitik der Mitte stehen würde. Die Volkspartei trifft allein die Schuld an diesem Wirth, das sich jetzt nur uns erscheidend wie ein Geisteserbst. Sie haben in einer Stunde, da Verantwortungsbewußtsein das höchste Gebot war, weniger aus sachlichen als aus persönlichen Gründen, unverantwortlich leichtfertig gehandelt. Auch die Meldung der heutigen Ausgabe des „Sozial-Anzeigers“, wonach schon Verhandlungen zwischen Reichssozialisten und Unabhängigen stattfänden, ist aus der Luft gegriffen.

Was die Stellung der Unabhängigen Sozialdemokratie zu der Kabinettkrise anlangt, so beruhen die von uns wiederholt gegebenen Versicherungen der bürgerlichen Presse selbstverständlich auf Mutmaßungen. Unsere Fraktion wird sich in ihrer Haltung gegenüber dem Kabinett Wirth, wie bisher, so auch bei dieser Gelegenheit, nur von den Rücksichten auf die Interessen der Arbeiterklasse leiten lassen.

## Die Affäre Dertter

In der „Braunschweigischen Landeszeitung“ veröffentlicht der Großfabrikant Wemmel in Hehlen eine eidesstattliche Erklärung, daß er den bekannten Brief des früheren braunschweigischen Ministerpräsidenten Dertter, in dem dieser für geleistete amtliche Dienste drei Prozent des Reingewinns sämtlicher Wemmelscher Unternehmungen forderte, niemals erhalten und daß Dertter niemals für geleistete Dienste Gegenleistungen von ihm empfangen habe.

## Umsturz in Persien

London, 13. Februar.

Neuer meldet aus Teheran vom 12. d. M.: Regierungstruppen haben Täbris genommen. Der Demokratieführer Lahuti Khan, der die Stadt vor einigen Tagen den Kofaken entlassen hatte, ist mit einem Teil seiner Anhänger geflohen. Der Rest hat sich ergeben. Ismail Khan als Kofakenführer ist zum Militär-gouverneur von Täbris ernannt worden. Zahlreiche bekannte Demokraten und einige launische Volkswissenschaftler wurden verhaftet. Im Verlauf der Kämpfe wurden zahlreiche Leben geplündert. Alle Europäer und Amerikaner befinden sich in Sicherheit; in der Stadt herrscht jetzt Ruhe.

## Unsoziales Arztthum

Von Dr. med. Bohn, Kreis kommunalarzt a. D.

In vorzüglicher Weise hat Genosse Dr. Moses auf dem Leipziger Parteitag einen der dunkelsten Winkel der sozialen Reaktion beleuchtet: jenes Arztthum, das sich immer nur in den Dienst der Macht stellt. Wie kennen es vom Kriege her heute alle nur zu genau. Seit jeder Mann die Urteile der R. V. Schreiber, der Rauschmeißel- und Nordkommissionen irgendwo am eignen Leibe erfahren hat, ist das letzte mystische Strahlenbündel auf den Hauptern der Ärzte verloscht. Die höhere Stelle besetzt und der Arzt liefert. Ein Stabsarzt hat mir einmal gesagt, und dasselbe habe ich immer selbst gesagt, wir kämen uns vor wie Lieferanten für ein Menschenschlachthaus, wenn wir Mannschaften auf Dienstfähigkeit untersuchen mühten. Und wir waren beide sozial denkende und führende Ärzte an der Front selbst. Nun sind die Sanitätsoffiziere mit dem stolzen Heere zugleich hinweggefegt — ach, es gab so entsetzlich viel Sanitätsoffiziere und so wenig Militärärzte — aber der Geist wird noch Jahrzehnte lang umgehen, der Geist völliigen Mangels an sozialem Fühlen und Verstehen. Denn die Masse der Ärzte ist tief reaktionär und unheilbar unsozial. Jede Erweiterung der sozialen Gesetzgebung auf dem Gebiete der Fürsorge und Versorgung der Kranken ist von ihnen stets aufs heftigste bekämpft worden, augenblicklich wieder stehen wegen der 4000 Mark-Grenze heftige Kassenkämpfe bevor. „Jede Fürsorge erzeugt die Ärztemasse zur heftigsten Abwehrbewegung. Wir wollen keine Fürsorgestellen und Fürsorgeärzte, sie nehmen uns die Patienten weg, die Säuglinge, Tuberkulose, Geschlechtskranken — wir wollen selbst jeder in seinem Bezirke Fürsorge treiben“ — und wenn es uns paßt, sie sabotieren. „Das Maß der Aufklärung bestimmen wir!“

Am nächsten sind natürlich die Gruppen von Landärzten. Als ich zum Kreis kommunalarzt gewählt war, drohten die Ärzte des Kreises, jede weitere (übrigens gutbezahlte) Fürsorge sofort einzustellen — was weiter geschah, davon ein anderes Mal.

Schulärzte im Nebenamt — jeder in seinem Bezirk und neben einer großen Privatpraxis, gut bezahlt natürlich — mag sein. Aber ein hauptamtlicher, beamteter Nichts-als-Schularzt — weg damit. Oder doch; er muß nur streng verpflichtet sein, kein krankes Kind zu behandeln. Er mag Zutreiber und Ha. Yanger der Praktiker sein, selbst jede Heilkunst verlieren, nur zur Untersuchungsmaschine werden. — behandeln, extraderbieten, „das wollen wir“.

Von diesem System müssen wir abkommen, zum Schularzt gehört die Schulpolitik — aber das kostet erbitterte

Kämpfe gegen die Ärzteschaft — sonst sind dreiviertel des schularztlichen Dienstes umsonst und die Bevölkerung verliert das Interesse an der schularztlichen Untersuchung „wenn doch nichts geschieht“.

Unsozial sind die Ärzte selbst unter sich. Sie wollen keine amtlichen Fürsorgeärzte; daß dabei der Erwerbslosigkeit unter den Ärzten abgeholfen werden könnte, fört sie nicht. Sie wollen auch als Kassenärzte im Grunde nicht die volle freie Arztwahl, sondern nur eine Art Gildennachfolge. Die Gilde zieht das Pauschale ein und läßt nur praktizieren, wer ihr paßt, wer sich zu ihrem Banner bekennet. In München hat die Gilde der im Kriege dahin Gehörten sofort wieder die allgemeine zweiwöchige Karenzzeit eingeführt, das heißt, wer sich in München niederläßt, und sei er ein alter Kassenarzt, sei ihm durch 4 oder 5 Kriegsjahre seine alte Kundenschaft von den Heimgebliebenen weggenommen worden, habe er 5 Jahre lang sich als Kriegsgefangener irgendwo in Rußland oder Frankreich ohne Einigkeit der Mitgefangenen angenommen; will er, erwerbslos, jetzt in München neu anfangen, dann läßt ihm für zwei Jahre alle Kassen gesperrt! Nur wenn er so kapitalkräftig ist, daß ers zunächst mal 2 Jahre aushält, kann er in München — hoffen. Und dann muß er noch höchst artig sein. Fürs eigne Denken, für Revolutionäre in der Heilkunst ist keine Praxis zu haben; denn die Gilde liebt und schützt das Alte.

Auch die Heilkunst entwickelt sich nicht langsam durch Evolution zur höchsten Blüte, sondern stöße, revolutionär, wie alles in der Welt.

Wir haben Tausende erwerbslose Ärzte und Millionen fürsorgebedürftiger Volksgenossen. Wir haben 6-Monatskurse zur Ausbildung in sozialer Medizin — ob auch in sozialer Denk- und Fühlweise? Und doch ist der Zutritt zu ausgeschriebenen Stellen nicht allzugroß. Für soziale Betätigung als Kommunalbeamter steht eben bei der Ärztemasse noch der leibliche Boden. Den bildet auch nicht ein Kurus in sozialer Medizin und kein Kreisarztamt, sondern nur das Leben unter dem Volke und das soziale Gewissen des einzelnen. Im Studentenkorps, in den Kliniken und gar bei der herrlichen Armee ist es bisher eben nicht gepflegt worden.

Außerdem betrachtet heute zunächst der „zuständige“, einst königliche Kreisarzt, jetzt Kreis medizinischer Rat der Republik, die neuerrichteten Kommunalarztstellen als sein Herrschaftsgebiet — neben seiner Staatsstellung und neben seiner Privatpraxis, und ist der natürliche Gegner des Sozialarztes. Er ist aber immer reaktionär, meist in den Anschauungen des wilhelminischen Zeitalters befangen, deshalb unsozial selbst gegen den Kollegen; sonst müßte er sich freuen, wenn wieder ein erwerbsloser Arzt weniger da ist.

Das soziale Unverständnis der Masse der älteren Ärzte ist aber das Haupthemmnis der Sozialisierung der Heil-

wesens. Die Kleingehälter mancher Spezialisten kann die Beamtenlaufbahn nicht gewähren, und solches Kleingehältnisse erhoffen sie alle im Geiste. Die Zahl der sozialistischen Ärzte ist klein, (etwa 200 in ganz Deutschland) und gehören zum sozialistischen Ärzteverein, aber sie wächst. Vielleicht hilft das Fortschreiten der allgemeinen Volkerversicherung, vielleicht bringt die Einflucht der weniger älteren und immer zahlreicher werdenden jüngeren Anhänger des Sozialversicherungsgedankens allmählich durch. Aufgabe der Kommunen ist es, durch Organisation einer nicht an den Kreisarzt-Mechanismus gebundenen ärztlichen Fürsorge den Hilfsbedürftigen auch Hilfe zu schaffen. Wo das Bedürfnis stark ist, haben sich noch immer die geeigneten Männer und Frauen gefunden.

## Proletarische Feierstunden

Im Großen Schauspielhaus

Schuberts lieblich-wehmütvolles Andantino leitete die Sonntagsfeier ein, Andante und Finale aus der C-moll-Serenade ließen edlen Mozart erklingen. „Frühlingserwache“ und „Brüder zur Sonne“, vorgetragen vom Berliner Schaubühnenorchester, erwießen sich als vorbildliche Gesangsleistungen. Und doch war es diesmal nicht die Musik, die Erquickung des Geistes und Herzens suchende Menschen ganz in ihren Bann zog — die Feierstunden gehörten dem gesprochenen Worte, dem Worte menschlichen Mühens und Mühens und dem glühenden Redewort des Dichters. Musik wollte nichts weiter als zur Stimmung leiten und eine goldene Stunde umrahmen, und das gelang ihr durch das Bemühen von Heinz Tieszen und seinem Orchester wie durch die glänzliche Auswahl der Vortragsgäste ganz vorzüglich.

Aus Erdennähen ein Ruf nach Freude, ein unerfüllbarer Wunsch zur Erlösung durch die Freude war Geißel, Klang und Wort dieser harmlosen Feierstunden. Es war ein Wandern nach „Gedanken, die sich im Lichte haben“ — jenem Dichterverbale aus Schönlaufs „Erdzürn“, das Genosse Crispian zum Mittelpunkt seiner tiefempfindlichen, die Hörer zwingenden Ansprache machte. Wie die Sehnsucht nach den Geliebten des Lichts sich in der Menschheitsgeschichte entwickelte, von Platon's aristokratischem Kommunismus über den christlichen Urmunismus (Die Hoffnung auf ein Wunder führte zum Glauben an „a Wunder“) und die kommunistischen Sekten, Gemeinschaften, Utopien; die ersten proletarischen Menschheitskämpfer bis zur Schaffung des wissenschaftlichen Sozialismus, der mitten im Leben wurzelt — das wurde trotz aller Kürze in so warmen, überzeugenden Worten zum Ausdruck gebracht, daß sich die Wälder durch das Verbot nicht abhärten ließen und in lauten Beifallsbezeugungen Dank und Zustimmung erkundeten.

Man fand sich nach dieser Ansprache, die mehr, die ein Bekenntnis voll unmittelbarer Werbestraft war, leichter und leicht in Schönlaufs innig-schlichter, von Begierde ertragener und zu Begierde fortziehender Dichterverwelt zurecht. Hätte sich auch zurecht gefunden, wenn nicht die Rede aus Hördertins „Empedokles“ —



zu denken. Es fehlt den Elternbeiräten an jedem greifbarem Recht.

Der Schluß des Herrn Boelch, nach weitere Erfahrungen zu sammeln, ist grundsätzlich und verhältnismäßig nur das Uebel. Hier muß Abhilfe geschaffen werden. Das schwammige Hospitiumrecht der Eltern, das abhängig ist von der Erlaubnis des Klassenlehrers, muß von dieser Fessel freigemacht werden. Die Elternbeiräte müssen zu allen Klassen Zutritt haben. Damit fällt ein gewaltiges Stück Reaktion, denn: der Unterricht wird anders erteilt, wenn Arbeitervertreter zu hören!

Die Elternbeiräte bzw. deren Vertreter müssen aber auch Zutritt zu den Sitzungen des Lehrerkollegiums erhalten. Das würde manchem Lehrer den Kaden steifen und das Uebergewicht des Schulleiters brechen oder doch mindern. In den Sitzungen des Kollegiums werden alle Fragen der Schule besprochen, also gehören auch Vertreter der Elternbeiräte hinein, sei es auch nur mit beratender Stimme.

Furcht vor schlechten Zeugnissen und schlechter Behandlung ihrer Kinder sowie verhängnisvolle Gleichgültigkeit lassen die Mehrzahl der Eltern tatenlos beiseite stehen. Geredet wird übergenug, aber der bloße Hinweis, gravierenden Fällen nachzugehen, läßt sie zurückbleiben.

Mehr Rechte den Elternbeiräten! Das ist die Forderung, die von den Elternbeiräten gefordert wurde.

### Wieder ein Reichswehrskandal

Der Reichswehr ist nicht wohl, wenn sie nicht in irgendeiner Weise von sich reden macht. Diese republikanische Kaisergarde hat sich wieder einmal in Berlin einen Streich geleistet, der des Geistes oder besser des Ungeistes, der in der Reichswehr herrscht, durchaus würdig ist.

In dem Usapalast am Zoo wird gegenwärtig ein großer Film: Fredericus Rex aufgeführt, dessen Hersteller als smarte Geschäftsmann wahrscheinlich herausgefunden haben, daß gegenwärtig in Nationalismus ein gutes Geschäft zu machen ist. Da nun die Reichswehr unmöglich untätig beiseite stehen kann, wenn es sich um die Verherrlichung des altpreussischen Spiegrutenmilitarismus handelt, so hat eine Kompagnie württembergischer Reichswehrgelassen zur höheren Ehre der Republik die Vorführung des Films geschlossen besucht. Da sich nun der Usapalast am Zoo dadurch auszeichnet, daß er in dem Bemessen seiner Eintrittspreise sehr großzügig vorgeht, wurde der Besuch der Reichswehr von der Kompagnie finanziert. Die Schützer der Republik bezahlten für die nationalistische Verheerung 1 Mark, das übrige —

Wie siehts damit, Herr Geßler?  
Der Fall der Württemberger Kompagnie läßt den nationalen Ehrgeiz der übrigen republikanischen Reichswehr nicht ruhen. Fast täglich werden solche staatl. angestellten Republikaner in dieses Kino abkommandiert. Warum auch nicht? Die Republik trägt gern zu den Einnahmen aus der Vorführung eines monarchistischen Films bei, sie hats ja!

### Die „selbstlose“ Nothilfe

Uns wird geschrieben: Fast alle Zeitungen singen jetzt ein Loblied auf die Technische Nothilfe, „die Retterin in der Not“. Die bürgerliche Presse überbietet sich in ihrem Gefasel über die „selbstlose“ Tätigkeit der Nothilfe. Wer aber mit den Herrschenden der Technischen Nothilfe in nähere Berührung kam, merkte, was dahinter steckte. Diese „Herrschaffen“ kamen aus Schlesien. Orgelhausweise und Waffen trugen sie bei sich.

Selbstlos waren die Mitglieder der Nothilfe gewiß nicht. Die Regierung war genaue Auskunft geben, was die Nothilfe kostete. Unermesslicher Schaden ist auch durch die Pfuscherei der Nothilfe entstanden. Wenn sie die Karre verfahren hatten, so war es natürlich ein Sabotageakt der Streikenden.

Häckerkattung von Fahrgeld an Monatskarteninhaber. Aus Anlaß des Eisenbahnerstreiks soll, wie uns die Eisenbahndirektion Berlin mitteilt, der auf die Zeit der Nichtbenutzung der Eisenbahn-Monatskarten entfallende Fahrpreisanteil (1/30 für jeden Tag erstattet werden. Die Nichtbenutzungszeit beginnt am 2. II. und endet mit dem Tage, der der Wiederaufnahme des regelmäßigen Verkehrs vorausgeht (9. II.). Schriftlicher Reklamationen bedarf es nicht. Die Anträge sind von den Karteninhabern am Monats-schluß persönlich bei der Fahrkartenausgabe anzubringen, wo die Karten geprüft sind. Die Auszahlung der Erstattungsbeiträge erfolgt sofort an Ort und Stelle gegen Quittung. Auch für nicht noch ausgenutzte Wochenkarten aus der Woche vom 29. I. bis 4. II. kann auf gleichem Wege die Erstattung von 1/3 des Fahrpreises erlangt werden. Solche Anträge können sofort gestellt werden. Für später gelöste Wochen- und Monatskarten findet keine Erstattung statt. Das Publikum wird gebeten, Reklamationen nur in den verkehrsreichen Stunden vorzubringen, um unliebsame Verzögerungen und großen Andrang zu vermeiden.

Volkbildungsamt Reinickendorf. Der Kursus Klasse findet heute abend 7 1/2 Uhr im Volkbildungsamt, Verwaltungsgebäude, Zimmer 62, statt.

Großer Speicherbrand. Seit heute früh 3 1/2 Uhr stehen die Anlagen des Südbahnhofes am Köpenicker Platz in hellen Flammen. Hier befinden sich große Speicher mit Lebensmitteln und anderen Vorräten. Zahlreiche Feuerwehren sind zur Stelle und zur Zeit mit dem Ablösen des Brandes beschäftigt. Der Schaden ist noch unüberschätzbar.

## Gewerkchaftliches

### Maßregelungen in der Hauptwerkstätte der Straßenbahn

Die vereinbarten Schlichtungsausschüsse noch nicht in Tätigkeit

Wie wir erfahren, sind bei der Hauptwerkstätte der Berliner Straßenbahn in der Uferstraße eine Anzahl von Nichtwiedereinstellungen erfolgt, die erkennen lassen, daß man sich dort an die getroffenen Vereinbarungen nicht für gebunden hält, sondern die Gelegenheit benützt, mißliebige Arbeiter zu maßregeln. Für dieses Vorgehen hat man an dieser Stelle nicht mal den sonst allgemein angewandten Vorwand des Vorbaus zum Anlaß genommen. Es steht fest, daß nach den vorhergenommenen Entlassungen noch eine Anzahl Leute eingestellt wurden, die bisher nicht im Betriebe tätig waren. Bei diesem Vorgehen handelt es sich zweifellos um nichts anderes als um eine gewollte Zurückstellung der in Frage kommenden Arbeiter. Da es sich zum Teil um lang-jährig Beschäftigte mit großen Familien handelt, deren Tätigkeit bisher zu Beanstandungen keinerlei Anlaß gegeben hat, müssen die vereinbarten Schlichtungsstellen, denen diese Fälle unterbreitet werden, zweifellos die Entlassungen rückgängig machen. Die beabsichtigte Bestrafung glaubt man aber schon dadurch zu erreichen, daß man auf diese Weise den Betroffenen einen Lohnausfall für mehrere Tage oder Wochen aussetzt. Die- sem scharfmacherischen Vorgehen der Leitung der Hauptwerkstätte muß von den verantwortlichen Stellen im Magistrat auf schnellstem Wege begegnet werden. Das ist nur möglich, wenn der Magistrat mit den Organisationen sofort die vereinbarten Schlichtungsstellen einsetzt und diese ihre Tätigkeit aufnehmen. Eine Verzögerung der Aufnahme der Tätigkeit der Schlichtungsstellen muß bei den Gemäßigten die auch von anderer Seite geäußerte Annahme aufs neue verstärken, daß die vereinbarten Schlichtungsstellen nicht ausreichen, um den geplanten Maßregelungen schnell und energisch zu begegnen.

### Adam Drunzel gestorben

Ein harter Schlag hat den Deutschen Töpferverband betroffen. Der langjährige Vorsitzende des Verbandes, Adam Drunzel, ist am 1. Februar im Hedwigskrankenhaus zu Berlin verstorben. Eine Lungenentzündung mit nachfolgender Brust- lungenentzündung, die eine Operation nötig machte, hat, nachdem eine unmittelbare Gefahr bereits nicht mehr vorliegend schien, seinem Leben ein frühzeitiges Ende bereitet.

Adam Drunzel war der deutschen Gewerkschaftswelt ein guter Bekannter. Im Jahre 1863 in Würzburg geboren, kam er frühzeitig zur Gewerkschaft und zur sozialdemokratischen Partei. Schon im Jahre 1892 war er Vorsitzender des sozialdemokratischen Wahlvereins zu Dresden-Neustadt, auch war er Vorstandsmitglied der Dresdener Orlustrantentasse und Gewerbegerichtsbeisitzer in Dresden. Vorher, im Jahre 1887, war er Vorsitzender des Fachvereins der Chemnitzer Töpfer, 1890 Vorsitzender des Dresdener Fachvereins der Töpfer. Im Jahre 1896 wurde er der Vorsitzende des Verbandsauschusses und im Jahre 1899 berief ihn das Vertrauen seiner Gewerkschaftsgenossen an die erste Stelle des Verbandes. Als erster Vorsitzender entwickelte Drunzel eine äußerst fruchtbar Tätigkeit, er verstand es in vorzüglicher Weise, dem Verband der Töpfer und Berufsgenossen auch die nötige Achtung beim Unternehmertum zu verschaffen. Als geborener Taktiker fand er sich in schwierigen Lagen zurecht, vor allem wählte er stets das Erreichbare vom Unreichbaren zu trennen. Unter seiner Leitung kam schon lange vor dem Weltkrieg eine umfangreiche Tarifpolitik mit den Unternehmern zur Durchführung. Der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands gehörte er vom Jahre 1905 bis 1911 an, auch schrieb er die Geschichte der deutschen Töpferbewegung.

Durch das Hinscheiden Adam Drunzels erleidet die Gewerkschaftsbewegung und vor allem der Töpferverband einen herben Verlust.

### Beiratkonferenz des Glaserverbandes

Der Vorstand des Glaserverbandes hatte eine Konferenz des Vorstandes, des Ausschusses, des Beirats und der Gauleiter zum 29. und 30. Januar nach Leipzig einberufen. Der Verbandsvorsitzende Eichhorn berichtete eingehend über die Verhältnisse seit dem letzten Verbandstage 1919, wobei er die große Arbeitslosigkeit im Glasergewerbe schilderte und der vielen Lohnbewegungen und Streiks im eigenen Werke, aber auch der Sympathiestreiks gedachte, in welche der Verband verwickelt wurde, wodurch große Summen ausgegeben wurden. In den 7 Quartalen sind allein für Arbeitslosen, Kranke, Krankunterstützung usw. 423 680 Mark und für Ausperrungen und Streiks 236 667 Mark ausgegeben worden.

Nachdem der Hauptkassierer Leipnig über die Kassenerhältnisse berichtet hatte, wurden die Beiträge folgendermaßen festgelegt: Bis 8 Mark Stundenlohn 6 Mark Wochenbeitrag, bis 12 Mark Stundenlohn 9 Mark, bis 15 Mark Stundenlohn 12 Mark, bis 18 Mark Stundenlohn 15 Mark. Bei weiterer Erhöhung des

Stundenlohnes von 3 zu 3 Mark erhöht sich der Wochenbeitrag ebenfalls um 3 Mark. Von diesen Beiträgen verbleiben 20 v. H. den Jahressen.

Die Streikunterstützung wurde nach den Beitragssätzen in 4 Klassen zu den Höchstätzen wöchentlich 175 Mark, 203 Mark, 217 Mark und bei 15 Mark Beitrag auf 245 Mark festgesetzt. Auch die Erwerbslosen, Kranken- und Sterbekostenunterstützung wurde entsprechend erhöht. Die erhöhten Beiträge sollen am 1. März und die erhöhte Unterstützung am 1. Mai 1922 in Kraft treten. Nach eingehender Aussprache über die Industrieverbände und den Baugewerksbund wurde folgende Entschließung einstimmig angenommen:

„Die am 29. und 30. Januar 1922 in Leipzig tagende Beiratkonferenz des Zentralverbandes der Glaser Deutschlands erwartet die Gründung des Baugewerksbundes und tritt geschlossen für diesen ein.“

Der Hauptvorstand wird beauftragt, alle Mittel anzuwenden, um den Anstoß zu beschleunigen. Der nächste Verbandstag soll Ende September oder Anfang Oktober 1922 stattfinden.

Delegierte zur Generalversammlung des Zentralverbandes der Angelegten! Die Generalversammlung findet nicht am 14. Februar in den Sophien-Sälen, sondern am 21. Februar in den Kaiser-Sälen, Kaiser-Wilhelm-Straße 30-31, statt.

### Jugendbewegung

E. S. J. Groß-Berlin. Die Zentralvorstandssitzung findet am Donnerstag, 18. Februar, in der Schule Wilhelmstraße 16 (Klassenzimmer) statt. Alle Ortsgruppen müssen vertreten sein. — Agitationsbeirat Ost. Dienstag, den 14. Februar, alle Gruppen des Bezirks beiseite die Gruppe Ostpreußen, Treffpunkt um 7 Uhr Rathaus-Corridor. Sonntag, den 19. Februar, Besuch des Märkischen Museums; Treffpunkt 10 Uhr am Eingang des Museums. — Ostpreußen-Beirat Nordsee. Sonnabend, 18. Februar, 7 Uhr, bei Lehmann, Justizstr. 43 findet die Sitzung des Bezirks statt. Die Vorstände der Gruppen Rotten, Wedding, Gesundbrunnen, Reinickendorf-Ost und -West haben zu erscheinen. — Gruppe Westpreußen. Dienstag, 14. Februar, Lernen in der Schule Kappeler Str. 45. Mittwoch, 15. Februar, Lejeband (Wilhelm Teil).

### Parteiveranstaltungen

Neues Referentenmaterial über Steuerfragen ist erschienen und zum Preise von 1,50 M. pro Stück vom Hauptkassierer des Bezirksverbandes Berlin-Brandenburg der U. S. V. D., Genossen Herbst, erhältlich. — Auswärtige Bestellungen sind, wegen Portiersparnis, in den Ortsgruppen zu sammeln und gemeinsam aufzugeben.

#### Montag, 13. Februar

28. Vermittlungsbeirat (Reinickendorf, Tegel, Wilmanns, Hermsdorf). 19.15 Uhr abends Sitzung der Freizeitsitzung im Sitzungssaal des Reinickendorfer Rathauses, Hauptstr. 28. Hierzu die Delegierten der Kommunalen Kommissionen 3. und 4. Bezirk. Abends 7 Uhr Mitgliederversammlung der freien Schulgemeinde Berlin-Tiergarten, Kula-Walzenstr. 20.

#### Dienstag, 14. Februar

9. Vermittlungsbeirat (Wilmanns, Schmaragdberg, Gutzow). Abends 7 1/2 Uhr bei Kulla, Wilmannsberg, Lauenburger Str. 21, Sitzung des gesamten Vorstandes, der Funktionäre, der Freizeitsitzung und der Delegierten der Kommunalen und Agitationskommissionen, sowie des Ausschusses der Elternbeiräte. 13. Vermittlungsbeirat (Karlshagen, Reinickendorf, Marienfelde, Pflanzengarten). Abends 8 Uhr gemeinsame Sitzung der Bildungsausschüsse der vier Orte mit den Bezirksleitern und den Mitgliedern der Agitationskommissionen in Karlshagen, Pflanzengartengebäude, Rathausstraße, Zimmer 10.

#### Mittwoch, 15. Februar

15. Vermittlungsbeirat, Abteilung Wilmanns. Abends 8 Uhr Abendsabend im Reichenhain, 2. Gemeindefaule Kahlischstraße. Tagesordnung: Bericht von der Reichsfinanzkommission. Referent: Genosse Schmitt. 7. Bezirk (Wedding). Abends 7 Uhr Frauenabend bei Carus, Wallowstraße 37. Vortrag der Genossin Einneser über die Arbeit der Frauen. Abends 8 Uhr Mitgliederversammlung bei Klobe, Sandbergstraße 90-91. Genosse Gollisch spricht über die letzten Streiks. 14. Bezirk. Abends 7 Uhr Sitzung bei Robert Stiemer. 14. Bezirk. Abends 7 Uhr Mitgliederversammlung bei Klose, Prinz-Schallertstraße 16. Vortrag des Genossen Stadtrat Schlichting über den Streik in der Stadtgemeinde Berlin.

### Bereinskalender

Werbler-Opernabende. Die anschließigen Karte beginnen eine Woche später. Donnerstag, 16. Februar, 7 1/2 Uhr: Schöneberg, Hauptstraße (Schule) und Neue Straße, Kallertstraße-Str. 4. Freitag, den 17. Februar, 7 1/2 Uhr: Reinickendorf, Straße 16-17. Samstag, den 20. Februar, 7 1/2 Uhr: Charlottenburg, Köpenicker Str. 10 und Wedding, Köpenicker Str. 4. Monatsversammlung Dienstag, den 21. Februar, Wilmanns-Beirat, 16-17.

#### Montag, 13. Februar

1. Bezirk „Mitt“. Abends 7 Uhr Sitzung der Delegierten aller dem Kartellverband für Sport- und Körperpflege angeschlossenen Vereine in der Gemeindehalle Köpenicker Str. 25, 3 Tr. Hand der technischen Angehörigen und Beamten. Mitgliederversammlung. Wilmanns: Kallert-Garten, 7 1/2 Uhr. — Nordwest II: Jugendhaus, Köpenicker Straße 50, 7 1/2 Uhr.

#### Dienstag, 14. Februar

Hand der technischen Angehörigen und Beamten. Mitgliederversammlung. Pflanzengarten-Bezirke: Hohenzollern-Platz, Hindenburgdamm 100, 7 1/2 Uhr. — Pflanzengarten: Köpenicker Str. 34, 7 1/2 Uhr.

#### Mittwoch, 15. Februar

Zentralverband der Schuhmacher. 6 1/2 Uhr Vorstandssitzung der Reichs- schuhmacher, Kameelhaarschuhmacher, umwerterinnen und Brandstuhlnadlerinnen im Saal 3 des Gemeindefaules, Engelstraße 12-13. Deutscher Schuhmacher-Verband, Wilmanns-Beirat. Mitglieder. Abends 7 Uhr Versammlung im Nordbahnhof (Arbeitsschule), Hauptstr. 30. Internationaler Bund der Kriegsgeschädigten, Weg 15, Pflanzengarten. Abends 7 Uhr öffentliche Diskussion über im 3. B. organisierten Mitglieder des Bezirks 13. Referent: Gen. Karl Lieb.

Unverlangt eingehende Manuskripte werden nur dann zurückgeschickt, wenn ein genügend frankierter Erteilungslag beiliegt. Das gilt für Anfragen aus dem Ausland.

Verantwortlich für Inhalt und Redaktion: Dr. Paul Gatz, Charlottenburg; für Kommunalpolitik, Lokales und Gewerkschaftliches: A. Gatzel. Eintrag für den Interzitat und geschäftliche Mitteilungen: Edmund Kowert, Berlin. — Verlagsgesellschaft „Freiheit“, e. m. b. H., Berlin. — Druck der Berliner Druckerei e. m. b. H., Berlin C. 2, Breite Straße 8-9.

**Theater u. Vergnügungen**  
**Volkshöhle**  
7 1/2 u. 10 Uhr  
Neues Volkstheater  
Königsplatz  
7 1/2 u. 10 Uhr  
Staatstheater  
Opernhaus  
6 Uhr: Tristan u. Isolde  
8 1/2 u. 10 Uhr: Faust  
7 Uhr: Don Carlos  
8 1/2 u. 10 Uhr: Die Schöne Helena  
7 1/2 u. 10 Uhr: Die Schöne Helena  
8 1/2 u. 10 Uhr: Die Schöne Helena  
7 1/2 u. 10 Uhr: Die Schöne Helena  
8 1/2 u. 10 Uhr: Die Schöne Helena

**Komische Oper**  
7 1/2 u. 10 u. 11 u.  
Die große Ausstattung  
Operetten-Revue  
**Der Herr der Welt**  
Theater  
am Rollendorplatz  
7 1/2 u. 10 u. 11 u.  
**Die Ehe im Kreise**  
Apollotheater  
Friedrichstraße 215  
Letzter Monat  
Gr. Variete-Programm  
**Rund um die Welt**  
Casino-Theater  
Die neue Berliner Feste  
Familie Gänseblau  
Circus Busch  
Tgl. 7 1/2 u. 10 u. 11 u.  
Nach 3 Aufführungen  
Die Schlinge d. Durga  
8 Februar  
Sensationen!  
Theater des Ostens  
Rosa-Theater  
7 1/2 u. 10 u. 11 u.

**Metal**  
anhandelt  
Osten,  
Ordnungsgemäß  
zahltagungspreise für  
Kupfer, Messing,  
Blei, Zink etc.  
**Gänsefedern**  
Panzel  
Wollschmied mit  
eigenem Apparat  
in der Buchhandlung  
„Freiheit“  
Berliner Str. 10

**Geschichte der USPD.**  
Von Eugen Prager  
In dauerhaftem Halbleinenband  
50.- Mark  
ist vergriffen!  
Neue Auflage erscheint Ende Februar!  
Buchhandlung „Freiheit“  
Berlin C 2 Breite Straße 8-9

**Gold, Silber, Platin**  
Ringe, Ketten, Uhren, Bruch Edelsteine usw.  
**Brillanten**  
kaufen stets zu den allerhöchsten Preisen  
Gebr. Fuhrmann, Rollendorfer 39  
**Kleine Anzeigen**  
**Verkäufe**  
Stannenerzeugnisse  
Zinnblech, Zinnblech  
Zinnblech, Zinnblech  
Zinnblech, Zinnblech  
Zinnblech, Zinnblech  
Zinnblech, Zinnblech  
**Fahrräder**  
Fahrradbankauf  
Einzeln, 19.  
**Kaufgefuche**  
Schneidwerk, Schneidwerk  
Schneidwerk, Schneidwerk  
Schneidwerk, Schneidwerk  
Schneidwerk, Schneidwerk  
**Möbel**  
Schneidwerk, Schneidwerk  
Schneidwerk, Schneidwerk  
Schneidwerk, Schneidwerk  
Schneidwerk, Schneidwerk

**Jeder Parteigenosse! muß es sich zur Pflicht machen, einen Abonnenten zu gewinnen!**  
**Ausschneiden!**  
Zurückheften  
Der Unterzeichnete bestellt hiermit vom  
„Freiheit“  
1 Exemplar der 3. eimal täglich erscheinenden Zeitung  
Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratischen Deutschlands  
zum Preise von 2 M. 21. monatlich, 2 M. 10.50 halbjährlich,  
bei freier Zuführung ins Haus  
Name:  
Ort:  
Diesen Scheinlein bitte in einer unserer Expeditionen abgeben  
oder an die Hauptexpedition, Berlin C 2, Breite Str. 8-9, einbringen.  
Erlaubt:  
Name:  
Ort: